



Innenministerium NRW, 40190 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Innenausschusses
Herrn Winfried Schittges MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

nachrichtlich an die
Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses
Frau Anke Brunn
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



07. August 2008

Seite 1 von 9

Aktenzeichen

(bei Antwort bitte angeben)

44-25.04.01 - 06

KOR Lotz

Telefon 0211 871-3209

Fax 0211 871-

Martin.Lotz@im.nrw.de

Sachstand der Einführung des Digitalfunks

Votum zur Sitzung des Innenausschusses am 14.08.2008

Durch den innenpolitischen Sprecher der SPD, Dr. Karsten Rudolph, wurde die Beantwortung der folgenden Frage für die o.g. Sitzung beantragt:

Sachstand der Einführung des Digitalfunks

Die Landesregierung möge zum aktuellen Stand der Einführung des Digitalfunks bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen und bundesweit berichten.

Die „Einführung eines bundesweit einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunks für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)“ war in der Vergangenheit bereits gelegentlich Gegenstand von Anfragen und Erörterungen im Innenausschuss sowie im Haushalt- und Finanzausschuss.

1. Sachstand:

Bis zum Jahre 2011 wird in Deutschland das einheitliche Digitalfunknetz für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) aufgebaut. Dabei werden mehrere 100 derzeit separat betriebene analoge Netze durch ein einziges ersetzt, so dass die Kommunikation deutlich effizienter und sicherer wird. Weiterhin bieten neue technische Funktionalitäten auch die Möglichkeit zur taktischen Optimierung von Einsätzen.

Dienstgebäude und

Lieferanschrift:

Haroldstr. 5, 40213 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01

Telefax 0211 871-3355

poststelle@im.nrw.de

www.im.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:

Rheinbahnlinien 704, 709, 719

Haltestelle: Poststraße



In Nordrhein-Westfalen werden die Funknetze aller Kreispolizeibehörden und aller Kreise und kreisfreien Städte zu einem einheitlichen Netz vereinigt.

Das bundesweite Projekt geht aktuell von der Planungs- in die Netzaufbauphase über. Wesentliche konzeptionelle Arbeiten sind abgeschlossen bzw. befinden sich wie geplant im Abschluss. Der sog. Master-Roll-Out-Plan sieht den Aufbau des Netzes mit ca. 3.600 Basisstationen, 62 Vermittlungs- und 4 Transitvermittlungsstellen bis Ende 2010 vor.

Der Bund wird dabei das sog. Kernnetz bereit stellen, an das die Länder ihre bundesweit insgesamt 45 Netzabschnitte, die anteilig vom Bund und dem jeweiligen Land finanziert werden, anschließen.

In Nordrhein-Westfalen wurden 6 Netzabschnitte festgelegt (entsprechend der 5 Regierungsbezirke, jedoch der Bezirk Düsseldorf geteilt in Bereich Düsseldorf und Essen); der finanzielle Anteil des Bundes daran beträgt gegenwärtig 47,74%.

Feuerwehren, Rettungsdienst und im Katastrophenschutz mitwirkende Hilfsorganisationen sollen in Nordrhein-Westfalen die Netzinfrastuktur, die aus dem Landeshaushalt finanziert wird, kostenfrei mit nutzen können. Im Gegenzug stellen die Kommunen geeignete Standorte für Basisstationen mietfrei zur Verfügung. Für die Beschaffung der nichtpolizeilichen Endgeräte kommt das Land nicht auf, ebenso nicht für die über die leitungsmäßige Anbindung hinausgehende Anpassung der nichtpolizeilichen Leitstellen.

Während die Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) die Gesamtplanung und bundesweite Koordinierung des Projektes sowie den Aufbau des Kernnetzes übernimmt, ist das Land NRW, wie die übrigen Länder auch, insbesondere für

- den Aufbau seiner 6 Netzabschnitte,
- die Vernetzung dieser Netzabschnitte mit Anschluss an das Kernnetz des Bundes,
- die Umrüstung der landeseigenen Leitstellen,
- die Beschaffung der Endgeräte für die Landesbehörden,
- die Umrüstung des Fuhrparks und
- die Aus- und Fortbildung der zukünftigen Nutzer des Digitalfunks verantwortlich.

Von den prognostizierten Gesamtkosten in Höhe von ca. 4,5 Mrd. Euro wird das Land NRW voraussichtlich ca. 513 Mio. tragen müssen.

In Nordrhein-Westfalen – wie auch in allen anderen Ländern und beim Bund – wurde der Polizei die Gesamtprojektleitung übertragen (DiPOL NRW).

Das Teilprojekt „Arbeitsgruppe für die Einführung des Digitalfunks in der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr“ (ARDINI) koordiniert und moderiert



das Projekt mit den 427 kommunalen Aufgabenträgern im Feuer- und Katastrophenschutz sowie im Rettungsdienst.
Nachstehende Kennzahlen verdeutlichen die Größenordnung des Projektes.

Seite 3 von 9

	Deutschland	NRW
Kosten	ca. 4.500 Mio. €	ca. 513 Mio. €
Basisstationen	ca. 3.600	354
Nutzer Polizei	280.000	45.000
Nutzer Feuerwehr	1.100.000	90.000
Nutzer Hilfsorganisationen	800.000	60.000
Leitstellen davon Polizei	750	110 50
Fuhrpark Polizei NRW		10.500

Bundesweiter Sachstand

Kernetz

Die Errichtung des Kernnetzes wurde begonnen. Ab Herbst dieses Jahres können daran betriebsbereite Basisstationen angeschlossen werden.

Endgeräte

Parallel zum Aufbau des Kernnetzes wurden Vorgaben für die Endgerätebeschaffung erarbeitet. Diese Vorgaben dienen dazu, den technisch reibungslosen Betrieb von Geräten verschiedener Hersteller sicherzustellen. Die Hersteller erhalten so die Möglichkeit, ihre Geräte rechtzeitig vor den Vergabeverfahren der Länder technisch anzupassen. Ab Oktober 2008 können die Hersteller ihre Endgeräte zertifizieren lassen.

Betrieb

Im Rahmen des von der BDBOS durchgeführten Vergabeverfahrens über den „Betrieb des Digitalfunknetzes der BOS“ wurden Bewerber zur Einreichung vorläufiger und weiter verhandelbarer Angebote



aufgefordert. Der Zuschlag soll Anfang 2009 erteilt werden. Die Übergangszeit wird von EADS als Interimbetreiber abgedeckt.

In Summe sind seitens der BDBOS in den Bereichen Netzplanung, Netzaufbau und Betrieb die konzeptionellen Planungen weitgehend abgeschlossen und die erforderliche Aufstellung zum Roll-Out eingerichtet.

Stand in den anderen Starterländern

Neben Nordrhein-Westfalen zählen Berlin, Hamburg, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern zum Kreis der Starterländer.

Dort sind im Wesentlichen dieselben Startprobleme wie auch in Nordrhein-Westfalen aufgetreten. Es liegt auf der Hand, dass die Stadtstaaten im Vergleich zu den Flächenländern deutlich kürzere Aufbauzeiten benötigen.

Nordrhein-Westfalen hat sich dafür entschieden, den Betrieb mit zertifizierten Endgeräten aufzunehmen, um Fehlinvestitionen zu vermeiden. Auch daher wurde hier der Betriebsbeginn auf Februar 2009 festgelegt.

Bundesweite Koordination

Die Länder und der Bund werden sich ab Juli 2008 monatlich mit der BDBOS abstimmen. Nordrhein-Westfalen hat dabei die Aufgabe übernommen, die Länderinteressen gegenüber der BDBOS zu koordinieren.

Sachstand in Nordrhein-Westfalen

Aufbau der Netzabschnitte

Das Gebiet Nordrhein-Westfalens wurde in 6 Netzabschnitte (Nr. 27 – 32) aufgeteilt. In diesen Netzabschnitten müssen jeweils die Basisstationen für den Digitalfunk errichtet werden. Mit der baulichen Ertüchtigung wurde der Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (BLB NRW) beauftragt. Aktuell werden die Basisstationen im Regierungsbezirk Köln (Netzabschnitt 27) errichtet.

Die Standortsuche und -akquise im südlichen Teil des Regierungsbezirks Düsseldorf (Netzabschnitt 28) ist angelaufen. Erste Baumaßnahmen wurden begonnen.

Auf Grund von Startschwierigkeiten bei der BDBOS wie auch in Nordrhein-Westfalen wird sich die Betriebsaufnahme im Regierungsbezirk Köln um etwa 4 Monate auf Juni 2009 verschieben.



Vernetzung der Netzabschnitte, Anschluss an Kernnetz

Die Basisstationen in den Netzabschnitten werden miteinander zu je 5-6 Stationen ringförmig vernetzt, diese Ringe werden jeweils an das Kernnetz angeschlossen. Ausschreibungsverfahren zur Bereitstellung der dazu erforderlichen Übertragungswege wurden veröffentlicht bzw. stehen unmittelbar vor Veröffentlichung.

Die Projektaktivitäten zur Vernetzung der Netzabschnitte verlaufen soweit planmäßig. Verzögerungen beim Aufbau des Kernnetzes könnten Terminüberschreitungen bei der Inbetriebnahme im Regierungsbezirk Köln (Netzabschnitts 27) nach sich ziehen.

Umrüstung der Leitstellen

Insgesamt 110 Leitstellen - 50 der Polizei und 60 Kreisleitstellen - müssen an den Digitalfunk angeschlossen werden.

Die Leitstellentechnik der Polizei wird aus diesem Anlass komplett erneuert. Diese Vorgehensweise ist wirtschaftlicher als die vorhandene Leitstellentechnik der Polizei digitalfunktauglich zu machen.

Die kommunalen Aufgabenträger werden die Kreisleitstellen hingegen jeweils technisch anpassen. Derzeit werden Empfehlungen erarbeitet, wie die Kommunen von dem bei ihnen vorhandenen technischen Ausrüstungsstand möglichst kostengünstig und ohne Reibungsverluste auf die digitale Technik umsteigen können.

Beschaffung Endgeräte

Die Polizei Nordrhein-Westfalens benötigt rund 15.000 Handsprechfunkgeräte, 10.000 Fahrzeugfunkgeräte, 2.000 Feststationsgeräte sowie Zubehör (Helme, Hör-/Sprechgarnituren, etc.). Das Vergabeverfahren für die Geräte wurde im Juli 2008 veröffentlicht, der Zuschlag wird bei planmäßigem Ablauf des Verfahrens im letzten Quartal 2008 erteilt. Das entsprechende Zubehör wird ausgeschrieben, nachdem der Lieferant der Funkgeräte feststeht.

Die nichtpolizeilichen BOS Nordrhein-Westfalens konnten bei der Beschaffung der Polizei aus vergaberechtlichen Gründen nicht berücksichtigt werden: eine verbindliche Aussage zu Abnahmemenge und -zeitpunkt konnte nicht getroffen werden. Zudem sind die technischen Anforderungen im Vergleich zu denen der Polizei sehr unterschiedlich, so dass ein Kostenvorteil nicht zu erwarten gewesen wäre.

Die Projektaktivitäten der Polizei zur Beschaffung der Endgeräte und des Zubehörs verlaufen soweit planmäßig.

Den kommunalen Aufgabenträger wurde empfohlen, sich bei Beschaffungen zu Bedarfsgemeinschaften zusammenzuschließen. Die



Bezirksregierungen bieten hierbei die Koordination und Unterstützung an.

Seite 6 von 9

Umrüstung Fuhrpark

Insgesamt müssen bis zu 10.500 Fahrzeuge der Polizei Nordrhein-Westfalens auf Digitalfunk umgerüstet werden. Derzeit wird vom Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD NRW) ein entsprechendes Konzept erarbeitet, das insbesondere auch einen störungsfreien Verlauf der Umrüstung neben dem alltäglichen Einsatzgeschehen gewährleistet.

Auf Basis dieses Konzepts wird voraussichtlich im September 2008 ein Vergabeverfahren zur Umrüstung des Fuhrparks durchgeführt.

Die Projektaktivitäten zur Umrüstung des polizeilichen Fuhrparks verlaufen soweit planmäßig.

Für die Umrüstung der Fahrzeuge der kommunalen Aufgabenträger wurden Fahrzeugkonzepte empfohlen und eine Musterleistungsbeschreibung als Orientierung zur Beschaffung veröffentlicht.

Aus- und Fortbildung

Zur Aus- und Fortbildung von 45.000 Bediensteten der Polizei NRW werden durch das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei (LAFF) 500 sog. Multiplikatoren qualifiziert. Diese werden ihre Tätigkeit vor Ort in den Polizeibehörden wahrnehmen.

Das Institut der Feuerwehr (IdF) als zentrale Ausbildungsstätte im Bereich der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr hat mit der Schulung der Multiplikatoren begonnen, damit diese wiederum die rd. 160.000 Angehörigen der Feuerwehren, des Rettungsdienstes und Katastrophenschutzes ausbilden können. Im September wird die Ausbildung in der eigens für den Digitalfunk neu konzipierten und modernisierten Lehrleitstelle unter Einsatz modernster Simulationssoftware aufgenommen.

Außerdem ist geplant, den kommunalen Aufgabenträgern für die von ihnen selbst durchzuführenden Ausbildungsmaßnahmen eine Internet-gestützte Lernplattform kostenlos zur Verfügung zustellen.

Die Projektaktivitäten zur Abwicklung der Aus- und Fortbildung verlaufen soweit planmäßig.



Projektrisiken

Das derzeit verwendete bundesweite analoge Funksystem der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben besteht aus lokalen, von unterschiedlichen Aufgabenträgern betriebenen Teilnetzen. Ziel des Projektes ist, ein bundesweit einheitliches flächendeckendes zelluläres digitales Sprach- und Datenfunknetz für alle BOS zu errichten.

Es soll die behördenübergreifende Kommunikation bei der Bewältigung der täglichen Aufgaben als auch im Krisen- und Notfalleinsatz sicherstellen und mehr als 2 Mio. Anwendern bzw. rund 500.000 Nutzern gleichzeitig zur Verfügung stehen. Damit wird es weltweit das größte Netz dieser Art sein.

Die Integration aller BOS mit einer solchen Nutzerzahl in einem digitalen Funknetz ist bisher in keinem anderen Land vergleichbarer Größe erfolgt.

Es liegt daher auf der Hand, dass ein solches Projekt in der Abwicklung Risiken - insbesondere auch bei der zeitlichen Abfolge - birgt.

- Die zwischen Bund und Ländern vereinbarte Arbeitsteilung erfordert wegen der wechselseitigen Abhängigkeit hohen Koordinierungsaufwand. Die Beteiligung aller kommunalen Aufgabenträger ist sehr zeit- und arbeitsaufwändig. Eine punktgenaue zeitliche Synchronisation aller Beteiligten mit allen ihren Aktivitäten dürfte in der Praxis kaum erreichbar sein.
- Das enge Terminkorsett des sog. bundesweiten Roll-Out-Plans ist insbesondere in den Startregionen wie dem Regierungsbezirk Köln sensibel für Störungen.
- Die Akquisition von Standorten für Basisstationen unterliegt neben dem Termin- einem zusätzlichen Kostenrisiko. Diese Risiken ergeben sich u.a. dadurch, dass die nach Funkplanung bestgeeigneten Standorte z.B. wegen erfolgloser Vertragsverhandlungen mit den Eigentümern, Denkmalschutz, Sorgen Betroffener wegen „Elektrosmog“ durch Alternativen ersetzt werden müssen, was zu einer Erhöhung der Anzahl der Basisstationen und damit der Errichtungskosten führt. Die Infrastruktur des BOS-Digitalfunks ist ein Hochsicherheitsnetz, das gerade dann funktionsfähig sein muss, wenn andere Kommunikationssysteme beispielsweise wegen besonderer Naturereignisse, Anschlägen oder flächendeckend unterbrochener Stromversorgung ausgefallen sind. Die resultierenden materiellen Sicherheitsanforderungen an die Basisstationen führen zu einer großen Kostenvarianz, je nach



dem ob es sich beispielsweise um Liegenschaften der Polizei mit ohnehin vorhandenen Sicherheitsvorkehrungen oder die Errichtung neuer Sendemasten „auf der grünen Wiese“ handelt.

Seite 8 von 9

Fazit

Die Einführung des Digitalfunks in Nordrhein-Westfalen kommt voran. Das Projekt wird von einem politischen Konsens aller Beteiligten einschließlich der kommunalen Spitzenverbände getragen.

Mitarbeiter der Polizei und kommunale Bedienstete arbeiten nebenamtlich mit hohem Engagement in der Projektorganisation mit.

Auch wenn es Startschwierigkeiten sowohl beim Bund als auch in Nordrhein-Westfalen beim Aufbau der Basisstationen im Regierungsbezirk Köln gibt, ist das gesteckte Ziel, den Digitalfunk bis 2011 einzuführen, derzeit nicht gefährdet. Zeitliche Verzögerungen sind bei einem Großprojekt dieser Art nicht zu vermeiden, gefährden aber auch nicht den Gesamterfolg.

Die Inbetriebnahme des Digitalfunks wird ohnehin nur sukzessive möglich sein, und zwar

1. wenn die Netzinfrastruktur (Sendeanlagen und Vermittlungsstellen) betriebsbereit ist,
2. alle Aufgabenträger ihre Endgeräte ausgetauscht und ihre Fahrzeuge umgerüstet haben,
3. alle Mitarbeiter geschult sind und schließlich
4. alle Leitstellen für den Digitalfunk ertüchtigt sind.

Bis dahin wird es noch ein Neben- und Miteinander von Analog- und Digitalfunk geben, zumal es in Nordrhein-Westfalen keinen rechtlichen Zwang für die kommunalen Aufgabenträger gibt, zu einem bestimmten Zeitpunkt auf Digitalfunk umzusteigen.

Auch wenn sich noch Verzögerungen bei der Inbetriebnahme einzelner Netzabschnitte ergeben können, bestehen nach derzeitiger Einschätzung keine Risiken, die die bundesweite flächendeckende



Einführung des Digitalfunks nach gemeinsamen Standards grundsätzlich gefährden könnten.

Seite 9 von 9

2. Beteiligungen

Seitens des Haushalts- und Finanzausschusses wurde für den Fall einer Sachstandsdarstellung zum Thema BOS-Digitalfunk ebenfalls um Übersendung des vorgetragenen Berichts gebeten.

In Vertretung


(Karl Peter Brendel)